



1. Mai 1982

Statt Raketen - Arbeit und Moneten!



Die Arbeiterklasse steht vor den schwersten Herausforderungen seit Bestehen der Bundesrepublik. 2 Millionen Menschen sind arbeitslos. Hunderttausenden Jugendlichen wird die Berufsausbildung verweigert. Von Monat zu Monat wächst die Unsicherheit der Arbeitsplätze.

Rücksichtslos wird das soziale Netz demontiert. Rentner, Kranke, Kinder, Arbeitslose, Behinderte: Die Ärmsten der Armen sind Opfer einer Rotstiftpolitik, der Rüstung und Unternehmerprofite über alles gehen.

Während in Betrieben und Büros die Arbeitsleistung steigt, sinkt die Kaufkraft der Löhne. Preissteigerungen, Mietwucher, Steuererhöhungen und immer neue Verteuerungen der Gebühren und Tarife reißen tiefe Löcher in die Haushaltskassen der Arbeiterfamilien.

Und Bonn?

Alle müssen Opfer bringen – sagt die Regierung.

Alle – nur nicht bei der Rüstung und den Profiten.

Atomraketen – Startbahnbau gegen den Willen der Bevölkerung

Gegen den Willen der Bevölkerung hat man unseren Wald vernichtet,

um eine Startbahn zu bauen, die vor allem auch militärischen Interessen dienen soll.

Gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerung wird die Stationierung neuer Atomraketen vorangetrieben. Nationale Interessen werden mehr und mehr der Erpressungspolitik unberechenbarer Atomkriegsstrategen der US-Regierung geopfert.

Unser aller Leben, die Ergebnisse jahrzehntelanger harter Arbeit und vieler gewerkschaftlicher Kämpfe stehen auf dem Spiel.

1. Mai 1982 – Tag des Protestes gegen Kriegsgefahr und Arbeitslosigkeit

Wir alle müssen unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen. Der 1. Mai, traditioneller Kampftag der arbeitenden Menschen muß zum Tag des Protestes werden. Kämpfen wir gemeinsam und solidarisch:

- Gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in unserem Land;
- gegen die Kriegsvorbereitungen auf dem Rhein-Main-Flughafen;

- für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, bei wirksamer Mitbestimmung und Kontrolle;

- für die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und die Sicherung erforderlicher Ausbildungsplätze;

- für die Stärkung der Massenkaukraft durch Verteidigung der Reallöhne und Aufhebung der Rotstiftmaßnahmen;

- für die Gleichberechtigung der Frau; gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit;

- gegen Ausländerhetze, für Solidarität mit den ausländischen Arbeitskollegen;

Nur gemeinsam sind wir stark. Nur gemeinsam können wir uns gegen die Verantwortlichen für Hochnüstung, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau erfolgreich zur Wehr setzen. Auf jeden Einzelnen kommt es an.

Macht mit bei den Veranstaltungen zum 1. Mai. Besucht die Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. Mai im Bürgerhaus Mörfelden.

Setzen wir ein Zeichen!

Die Gruppen der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend in Mörfelden und Walldorf haben zu Anfang des Jahres vorgeschlagen, die Stadt Mörfelden-Walldorf durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur „Atomwaffenfreien Zone“ zu erklären. An den Ortseingangsschildern unserer Stadt hingen mehrmals orange-farbene Zusatzschilder mit der Aufschrift „Atomwaffenfreie Zone“, mit denen die SDAJ auf ihren Vorschlag aufmerksam machte. Es wurden Aufkleber verkauft und Unterschriften

gesammelt. Am ersten Aprilsonntag war am Schlichtertor eine Schranke aufgebaut, die den Beginn einer Atomwaffenfreien Zone symbolisierte. Auf Flugblättern wurde auf die schnoddrige Innenminister-Äußerung hingewiesen, eine „Freie Republik Mörfelden-Walldorf“ könne es nicht geben. „Aber warum eigentlich keine Atomwaffenfreie Zone?“ fragten die jungen SDAJ'ler.

Mittlerweile haben die SDAJ-Gruppen den Antrag zur Errichtung einer Atom-

waffenfreien Zone Mörfelden-Walldorf allen Parteien im Stadtparlament sowie der örtlichen Presse vorgelegt. Der „Freitags-Anzeiger“ bedachte sie darauf in einem Kommentar mit der Bezeichnung „Einäugige Friedensengel“.

Eine notwendige Initiative

Die DKP wird den Antrag der SDAJ im Stadtparlament unterstützen. Es gibt unserer Auffassung nach eine ganze Reihe Gründe, einen solchen Schritt zu tun.

Der Zusammenhang des Baus der Startbahn/West mit militärischen Planungen der USA und der NATO wird heute von keinem vernünftigen Menschen mehr bestritten. Zu groß ist die Last der Beweise, zu zahlreich sind die Artikel, Kommentare und Hinweise in seriösen Zeitungen unseres Landes, die diesen Zusammenhang bestätigen.

Zu welchen Zwecken das Munitionslager im Oberwald dient, ist für den denkenden Bürger ebenfalls kein Geheimnis. Und es kann sich jeder selbst ausrechnen, was uns hier blüht, wenn es den USA einfallen sollte, „den Russen die Faust unter die Nase zu halten“, wie es Außenminister Haig nach Yankee-Art formulierte.

Der erste Lkw der US-Armee, der an der Ecke Gärtnerweg/Westendstraße aus „unbekannter Ursache“ durch die Gartenmauer gegen ein Haus brummte, war leer. Der nächste könnte Nervengas geladen haben. Wie leichtsinnig unsere „amerikanischen Freunde“ mit gefährlichen Dingen umgehen, konnte man an der Kiste mit Betriebsanleitungen für die Pershing Ia-Atomrakete ablesen, die ein Bürger unserer Stadt auf dem Sperrmüll fand, wo sie sicher nicht hingehörten.

Das alles zeigt, daß unsere Stadt nicht irgendwo im Lande liegt, sondern direkt an einem zentralen Knotenpunkt von US-Aktivitäten. Ein Grund also, Zeichen zu setzen für den Frieden. Eine „Atomwaffenfreie Zone“ Mörfelden-Walldorf könnte ein solches Zeichen sein.

Ist der Vorschlag unrealistisch?

Man mag hier einwerfen, so etwas sei unrealistisch. Ist es das wirklich? Es ist sicher nicht daran gedacht, jeden US-Lkw an der Gemarkungsgrenze

Was ist die Wahrheit, die man nicht wahrhaben wollte?

Diese Wahrheit ist:

- 1 daß die Atomrüstung der Bundeswehr die deutsche Sicherheit nicht fördert, sondern die Gefahr für den Ausbruch eines dann auch mit durch unsere Schuld entstandenen Atomgemetzels in beiden Teilen Deutschlands und in Europa nur noch größer machen muß —
- 2 daß die Stationierung von Atomraketen in beiden Teilen Deutschlands im Kriegsfall unser Land zum Atomkriegschauplatz Nr. 1 macht und zum völligen Untergang in den ersten Kriegsstunden führt —
- 3 daß die Forderung der CDU/CSU-Regierung nach der Atomrüstungs-„Gleichberechtigung“ der Bundesrepublik zwangsläufig zur Atomrüstung aller anderen Staaten im Westen und Osten führen muß —
- 4 daß diese Atombewaffnung vieler Staaten die Gefahr einer Atomkriegsexplosion auf der ganzen Erde vervielfacht und unter Umständen die Entscheidung in die Hand eines unkontrollierbaren Narren legt, der auf den „Druckknopf“ drückt —
- 5 daß als Folge dieser Politik der Regierung die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes weiter verschoben würde — und mit ihr auch die Einigung Europas, die Entspannung, die Abrüstung, die Völkerverständigung, der Friede und unser aller Glück

Die CDU/CSU-Regierung redet von der Abrüstung -

Die CDU/CSU-Regierung ist aber zugleich entschlossen, die Bundeswehr atomar aufzurüsten -

allen Bedenken der Atomgelehrten zum Trotz! -
der Friedens-, Einigungs- und Abrüstungssehnsucht des ganzen deutschen Volkes zum Trotz!

Die deutsche Atomausrüstung soll nach dem Willen der Regierung in 20 Monaten beginnen.

In rund vier Monaten ist Bundestagswahl!

Wiederwahl dieser Regierung bedeutet Atombomben für Deutschland!

Unsere Antwort:

Sicherheit für alle - durch die



Vor 25 Jahren: 1957 hielt ein Flugblatt, herausgegeben vom Vorstand der SPD, den Plänen der Adenauer-Regierung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr entgegen, „daß die Stationierung von Atomraketen in beiden Teilen Deutschlands im Kriegsfall unser Land zum Atomkriegschauplatz Nr. 1 macht und zum völligen Untergang in den ersten Kriegsstunden führt“.

vom Ortspolizisten nach Atomwaffen durchsuchen zu lassen. (Obwohl das sicher eine sinnvollere Beschäftigung wäre als Parkstrafzettel zu schreiben.) Die „Atomwaffenfreie Zone“ ist eine eindeutige Stellungnahme für Frieden und Abrüstung durch das Stadtparlament, das die Verantwortung für die Zukunft seiner Bürger trägt. Mit einem solchen Beschluß wäre auch ein Zeichen gesetzt durch eine Stadt, die in den letzten Jahren vieles an staatlicher Willkür erdulden mußte. Es wird nie vergessen, wie eine hessische Staatsregierung Recht und Verfassung beugte und brach, um im Interesse von FAG und NATO ein unsinniges Projekt mit Polizeigewalt gegen die Bürger durchzusetzen. Durch einen solchen Beschluß könnte man Wiesbaden klarmachen, daß die „Asozialen, Chaoten, Kriminellen und Vorzeigebürger“ von Mörfelden-Walldorf hinter der Hessischen Landesverfassung stehen, in der es im Artikel 69 heißt: „Der Krieg ist geächtet“.

Setzen wir ein Zeichen

Eine „Atomwaffenfreie Zone“ Mörfelden-Walldorf wäre darüber hinaus ein neues Mitglied einer europäischen Familie von bekannten Städten in 4 Ländern, die diesen Schritt schon getan haben. Zu den Städten, die sich heute schon für atomwaffenfrei erklärt haben, gehören Amsterdam (Hauptstadt der Niederlande), Birmingham (Partnerstadt Frankfurts), Oxford, Cambridge, Manchester, Bradford, der gesamte britische Teilstaat Wales, die bekannte italienische Hafenstadt Livorno und viele andere mehr. Als erste bundesdeutsche Stadt hat unlängst Nürnberg einen vergleichbaren Beschluß gefaßt.

Die holländische Kleinstadt Zoeterwoude (7700 Ew.) verabschiedete z. B. folgende Resolution:

„Der Rat, in Erwägung, daß auch untergeordnete Verwaltungen mitverantwortlich sind für die Zukunft ihrer Bürger und deren Nachkommen, beschließt:

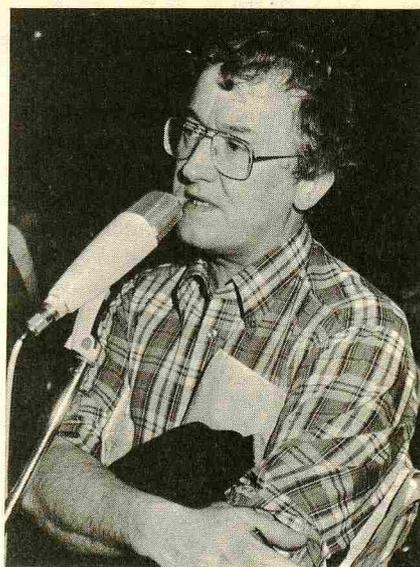
daß, sollte dies jemals anstehen, der Stationierung von Atomwaffen auf seinem Grundgebiet zu allen Zeiten unter Anwendung aller gesetzlich verfügbaren Mittel entgegengewirkt wird.“

Wir meinen, das ist eine deutliche Sprache, die man angesichts der staatlichen Demütigungen der letzten Zeit auch aus unserem Rathaus hören möchte.

Rudi Hechler
DKP-Stadtverordneter

Landtagskandidat
der DKP

Mörfelden - Hochstr. 22
Telefon 22 362



Auch bei der Landtagswahl gemeinsam antreten!

Es ist nicht zu übersehen, die Landtagswahl rückt immer näher. Viele Bürger, die über das Vorgehen der Landesregierung empört sind, sagen: „Hoffie, Dregger, Börner — bei der Wahl gibt's auf die Hörner!“ Wie das aber vor sich gehen soll, darüber gibt es viele Unklarheiten. Die DKP hat im Dezember 1981 den Vorschlag gemacht, ein breites alternatives Wahlbündnis zu schließen, in dem alle oppositionellen Kräfte, die gemeinsam gegen die Startbahn kämpfen, vertreten sind. Die „Grünen“ weigern sich bis heute, hier mitzumachen. Bei der Wahl der Landtags-Kandidaten der „Grünen“ im Kreis Groß-Gerau fiel sogar der Satz: „Die Alternative sind die Grünen und nicht die Alternativen.“ Diesem „Alleinvertretungsanspruch“ muß man widersprechen.

Wer mit offenem Ohr durch unsere Stadt, dem Zentrum der Widerstandsbewegung gegen die Startbahn-West geht, hört immer wieder den Satz: „Geht bei der Wahl nur nicht gegeneinander!“ Tatsächlich — Börner, Gries und Dregger würden sich freuen, wenn sich die Gegner der Startbahn-West zersplittern würden. Deshalb habe ich auch sofort nach meiner Wahl zum Landtagskandidaten erklärt, ich ziehe die Kandidatur zurück, wenn es gelingt, ein breites Bündnis herzustellen. Wenn die Grünen in Hessen und im Kreis Groß-Gerau ihre Meinung nicht ändern, wird es aber zur Zersplitterung der Startbahngegner kommen.

Dabei soll nicht unter den Tisch gekehrt werden, daß es große politische Meinungsverschiedenheiten zwischen „Grünen“, Kommunisten, oppositionellen Sozialdemokraten und anderen Kräften gibt. Mich persönlich stört zum Beispiel wirklich die Feststellung der Grünen: „Der Linkssozialismus ist ebenso wie die Arbeiterbewegung gescheitert.“ Ich bin jedes Mal erschüttert, wenn „Grüne“ Gebührenerhöhungen, die letztlich die arbeitende Bevölkerung treffen, zustimmen. Trotzdem, meine ich, ein gemeinsames Bündnis ist ohne „Grüne“ kaum denkbar. Wir haben in den letzten Monaten viel zusammen erlebt. Die Prügel auf unsere Köpfe müßte auch in den Köpfen etwas verändern. Noch scheint es möglich, daß sich alle oppositionellen Kräfte auf ein gemeinsames Minimal-Programm einigen können. Ich appelliere erneut an die „Grünen“: Stellt parteiegoistische Auffassungen zurück! Bemüht Euch, mit allen Kräften, die in unserer Region gegen die Startbahn-West kämpfen, eine gemeinsame politische Liste aufzustellen. Wir sind dazu bereit.

Ostermarsch '82

Fast eine halbe Million Menschen hat sich während der Ostertage an den Aktionen für Frieden und Abrüstung beteiligt. „Dies ist ein herausragender Erfolg der Friedensbewegung“, erklärte die bundesweite Informationsstelle Ostermarsch '82 in Frankfurt. Auf dem Frankfurter Paulsplatz wurden über 50.000 Teilnehmer der hessischen Abschlußkundgebung vom DGB-Kreisvorsitzenden Sepp Sigulla, Hanau, begrüßt. Auf der Abschlußkundgebung sprach auch Pfarrer Kurt Oeser aus Mörfelden. Einer der Redner bei der Zwischenkundgebung im Waldstadion war Rudi Hechler. Er sagte dort u.a.:

„Viele, die heute mitmarschieren, kennen sich von anderen großen Demonstrationen. Sie kennen sich von Wiesbaden, von Kundgebungen in Mörfelden und Walldorf; sie kennen sich von Protestaktionen im Startbahn-Wald.

Wir haben in den letzten Monaten viel erlebt, wir haben viel gelernt. Unser Kampf gegen die Startbahn-West ist noch nicht zu Ende. Wir sagen: „Noch ist nicht betoniert!“ Wir sagen: Wir wollen keine Startbahn für Profit und Krieg!

Und gerade deswegen sind heute auch viele Startbahn-Gegner dabei. In der Flughafen-Region weiß man schon lange, daß hinter den Startbahn-Betreibern das Profitinteresse der Banken und Großkonzerne des Rhein-Main-Gebietes steht.

Daß diese Startbahn aber auch fest eingebaut ist in die NATO-Logistik, kam nur langsam ans Tageslicht.

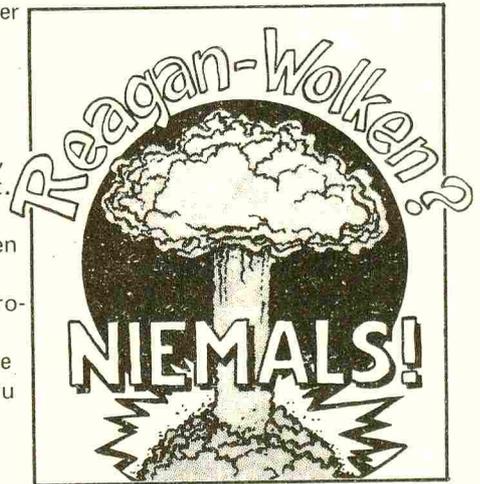
In einer Studie der „Hessischen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ wird beschrieben, daß im Krisenfall die USA ihre Divisionen mit der „strategischen Lufttransportflotte“, aber auch mit 342 beschlagnahmten US-Zivilmaschinen und mit 388 beschlagnahmten europäischen Zivilflugzeugen über den Atlantik bringen will. Dafür braucht man Flughafenskapazität, dafür will man auch die Startbahn-West. Nach einem neuen deutsch-amerikanischen Abkommen soll der Zivilflughafen Rhein-Main sogar schon jetzt umgerüstet werden, damit Militärmaschinen problemlos abgefertigt werden können. Es sind eben vor allem auch militärische Interessen, die hinter dem Startbahnbau stehen – und deshalb ist unser Kampf schon immer auch ein Stück Friedenskampf!

Viele, die heute mitmarschieren, waren schon in den 60er Jahren dabei. Damals waren viele unter uns, die die Schrecken

des Zweiten Weltkrieges, die Konzentrationslager der Faschisten überlebten. Mancher ist heute nicht mehr dabei, aber dabei sind schon die Enkel. Dabei sind junge Menschen, die ihre ersten politischen Erfahrungen machen, die in Frieden leben wollen.

Die Demonstrationen sind mächtiger geworden, aber, und das darf man nicht übersehen, die Gefahren für das Leben auf dieser Welt sind unermeßlich angewachsen.

Der amerikanische Senator J. William Fulbright erklärte dieser Tage zur Rüstungspolitik des amerikanischen Präsidenten Reagan: „Dieser Verteidigungshaushalt ist so groß, die Betonung der Nuklearwaffen so stark und der Rede-



schwall über die sowjetische Bedrohung so extrem, daß man dem Gefühl nicht widerstehen kann, daß wir uns darauf vorbereiten, einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen.“

Damit hat der bürgerliche Senator ein vernichtendes Urteil über Reagans Politik gesprochen. Tatsache ist, und man muß sie klar formulieren: Die derzeitige Führung der USA orientiert sich auf einen Atomkrieg. Sie planen einen atomaren Erstschlag. Sie kalkulieren den Wahnsinn, einen künftigen Atomkrieg auf Europa zu „begrenzen“. Das heißt, sie spekulieren darauf, uns und Millionen Europäer im atomaren Feuer verbrennen zu lassen und die USA, ihr Land, zu schonen. Bei den geplanten neuen Mittelstreckenraketen Pershing und Cruise Missiles handelt es sich um gegen die Sowjetunion gerichtete strategische Waffen der USA. Es sind Raketen des Erstschlages, die zum Beispiel in vier bis fünf Minuten Moskau und andere Lebenszentren der Sowjetunion treffen können. Sie sollen das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West zugunsten des Westens verändern.

Würden jemals diese Raketen in der



So begann der Ostermarsch 1982 in Walldorf. Kälte und Regen machten den Demonstranten zu schaffen.

Bundesrepublik stationiert, dann würde unser Land auch zur Hauptziel-scheibe eines unvermeidlichen Gegen-schlages.

Schon in den 60er Jahren stand auf unseren Transparenten: „Raketen sind Magneten“.

Unter vernünftigen und denkenden Menschen gibt es keinen Zweifel darüber: Ein dritter Weltkrieg wäre ein Atomkrieg. Heute sind über 50.000 Atombomben auf der Welt gelagert. Kämen sie jemals zum Einsatz, wäre die Zivilisation von Zerstörung bedroht.

Dieser Tage wurde in der Presse berichtet, amerikanische Wissenschaftler gingen davon aus, daß ein Atomkrieg mindestens drei Milliarden Menschenleben fordern würde. Wir stehen also heute, bildlich gesprochen, bis an die Knie in einem Benzinbad. Ein Funke genügt und die Katastrophe beginnt.

Gegenwärtig, und das empfinden wir alle, werden wichtige Weichen für den künftigen Weg unseres Landes, für die künftigen Geschicke der ganzen Menschheit gestellt.

Die Welt steht an einem Scheideweg: Entweder es gelingt, das Raketen-Wettrüsten zu stoppen und Abrüstung durchzusetzen oder es geht weiter auf dem Kurs der Konfrontation und Hochrüstung, mit der Gefahr einer bislang in der ganzen Geschichte der Menschen ungekannten, globalen atomaren Katastrophe.

Am vergangenen Donnerstag warnte Hessens Innenminister vor diesem Ostermarsch. Er sei „kommunistisch unterwandert“, meinte Herr Gries. Das ist derselbe Innenminister, der die Startbahngegner in Chaoten, Asoziale, Kriminelle und Vorzeigebürger einteilte.

Dieser Mann ist offenbar ein notori-scher Lügner, denn schon vor Wochen setzte er bereits die Lüge in die Welt, die DKP und Teile der Grünen seien „die Drahtzieher der Gewalt am Flughafen“ – und die DKP würde die Startbahn-Demonstranten mit 35,- oder 50,- DM Handgeld ausstatten.

Nun ist Gries leider kein Einzeltäter. Die Lüge von der kommunistischen Unterwanderung ist zur Zeit mal wieder sehr in Mode. Wenn man den Herr-schenden glauben schenken will, dann ist heute im Grunde jede Protestbewegung in der Bundesrepublik kommunistisch unterwandert.

Auch die Ostermärsche der 60er Jahre, so konnte man es damals jedenfalls in den Zeitungen lesen, waren ja schließlich schon von Kommunisten unterwan-dert.



Eine Delegation der Bürgerinitiative gegen die Startbahn-West kam Ende März von einer Japanreise zurück (Über ihren Japanaufenthalt werden wir im „blickpunkt“ noch ausführlich berichten.) Unser Foto zeigt die Delegation nach einer Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer der ersten Atombombe in Hiroshima. Von links: Dina Scherber, Frau Konischi, Herbert J. Oswald, Manfred Mohl und Günther Meinke.

Ein Renner

Ein ausgesprochener Renner ist das neue „blickpunkt“-Buch „... und nichts ist vergessen!“ geworden. Viele haben es gleich mehrmals gekauft und schicken es an Freunde, Verwandte und Bekannte. Auf diese Weise ist der Kampf gegen die Startbahn-West im In- und Ausland noch bekannter geworden. Vielen Freunden kann man so, ohne viel Worte zu machen, unser Engagement deutlich machen.

Noch ist das Buch erhältlich. In Buchladen, Tankstellen, im BI-Büro aber auch bei allen Mitgliedern der DKP in Mörfelden und Walldorf.

Das Ziel dieser Lügen ist deutlich erkennbar: Man will mit antikommunistischen Diffamierungen die Friedensbewegung spalten und schwächen. Die Stärke der Friedensbewegung liegt aber in ihrer Gemeinsamkeit, in der solidarischen Partnerschaft. Auch die Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West konnte nur deshalb so anwachsen, weil es die Vertreter aller politischen Richtungen verstanden haben, gemeinsam zu kämpfen. Beherzigen wir diese Lehre.

Auch wenn es unter uns, die wir heute

gegen neue US-Atomraketen, für Abrüstung in West und Ost demonstrieren, unterschiedliche Meinungen in vielen Fragen gibt. Angesichts der atomaren Hochrüstung, angesichts der Kriegsvorbereitungen auf dem Frankfurter Flughafen, sagen wir es so laut und deutlich, daß man es in Wiesbaden und Bonn hört:

Wir lassen uns nicht auseinanderdiffamieren, wir kämpfen gemeinsam!
Keine Startbahn-West!
Keine neuen Atomraketen!
Alles für den Frieden!“

Müllprobleme und kein Ende

Die Müllbeseitigung im Kreis Groß-Gerau ist zu einem Dauerproblem geworden, seitdem die kreiseigenen Riedwerke diese organisiert. Ganz modern und zukunftsweisend sollte eine Lösung gefunden werden, um aus Dreck noch Geld zu machen. Man ließ sich eine Kompostierungsanlage andrehen, die wegen Geruchsbelästigung ihren Betrieb einstellen mußte. Über 20 Millionen Mark hat diese Anlage verschlungen und verschlingt sie weiter, denn die Versuche, die Kompostierung geruchsfrei zu lösen, laufen noch immer. (Wir berichteten darüber schon mehrmals.) Auch die Verwendung des anfallenden Kompostes als Düngemittel und Bodenverbesserer wird zunehmend kritischer beurteilt. Zu viele Schadstoffe chemischer Art und Schwermetalle, die beim Verrottungsprozeß nicht abgebaut werden, bleiben im Humus und gelangen

über Felder und Wiesen in den Lebensmittelkreislauf.

Sorgen anderer Art, über die wir ebenfalls schon oft berichteten, bringt die Kreismülldeponie im Mörfelder Oberwald. „Eine Zeitbombe“ apostrophieren wir diese Anlage angesichts der Gefahren. Einmal ist die Besorgnis um das Trinkwasser in unserer Stadt nicht grundlos, andererseits ist die Gasentwicklung so groß, daß ständige Überwachungen vorgenommen werden müssen.

Auf Grund des Nichtfunktionierens der Kompostierungsanlage und der dadurch anfallenden Müllmenge, rechnet man damit, daß die Deponie 1985 gefüllt ist und geschlossen werden kann. Die Rekultivierung des Areals soll abschnittsweise bis dahin erfolgen. Wir möchten heute schon die Hoffnung aussprechen, daß der Kreis bei der Su-

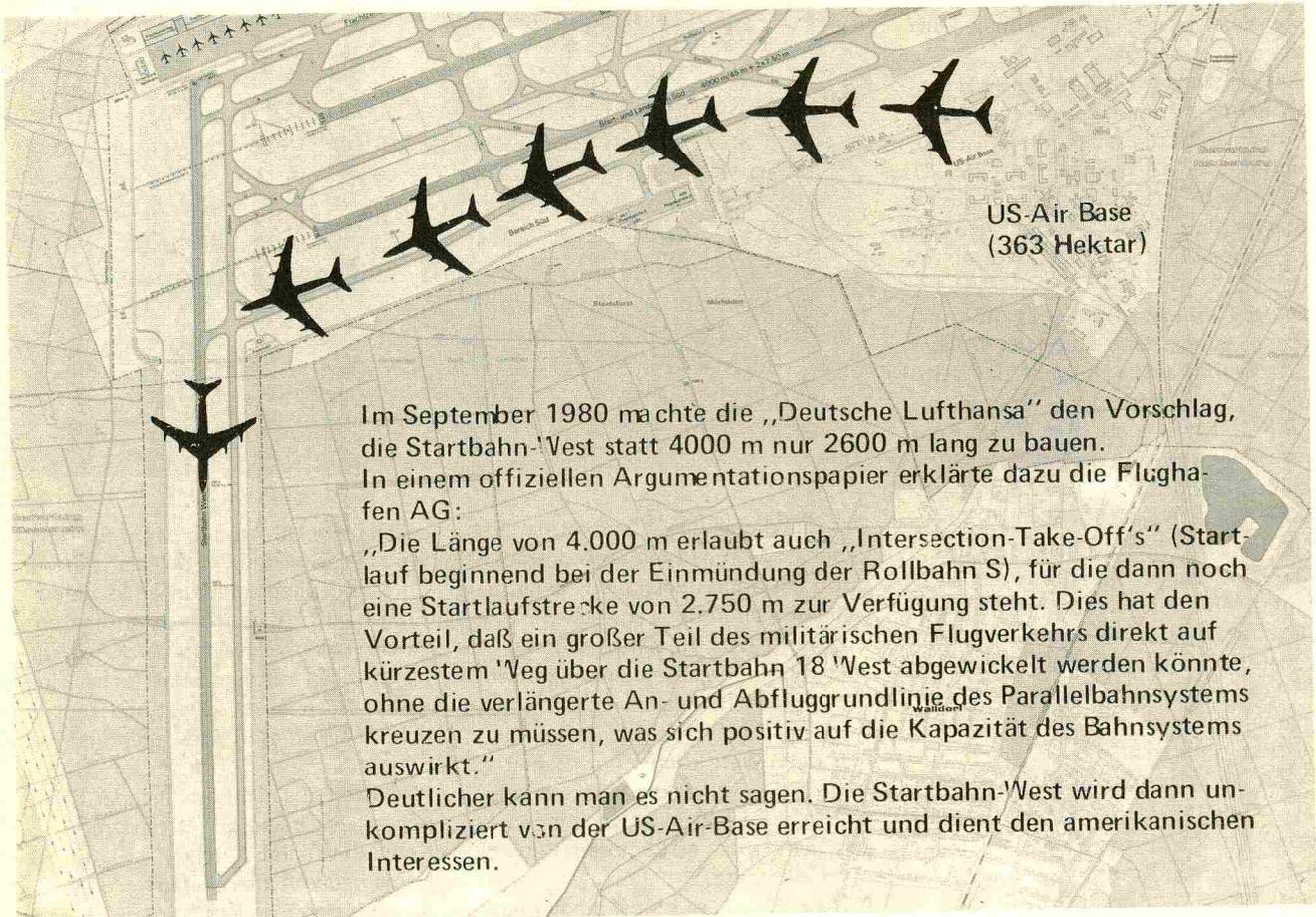
che um einen anderen Deponiestandort fündig wird, sonst könnte man evtl. mit einer Erweiterung der Deponie Mörfelden rechnen.

Sorgen bereitet auch die Preisentwicklung der Müllbeseitigung. Kletterte die Pro-Kopf-Belastung bei Kreisübernahme auf 27,50 DM, so kann man heute hören, daß man damit nicht auskommt. So haben die Riedwerke dem Kreistag eine Erhöhung auf 35 Mark vorgeschlagen. Die Kosten, daran wird kein Zweifel gelassen, sollen auf die Bürger umgelegt werden.

Daß man vielleicht auf den Gedanken käme, über die kommunalen Spitzenverbände, Partei- und Regierungsebene die Forderung nach Reduzierung der Müllmenge (durch Auflagen an die Industrie, Verpackungssteuer etc. und Förderung der Recycling-(Wiederverwertungs-)Verfahren zu erheben, ist wohl noch niemand gekommen. Die bequemere Art ist es, einfach die Gebühren zu erhöhen. Dagegen muß man sich wehren.

Gestatten, daß wir zweifeln, Herr Minister?

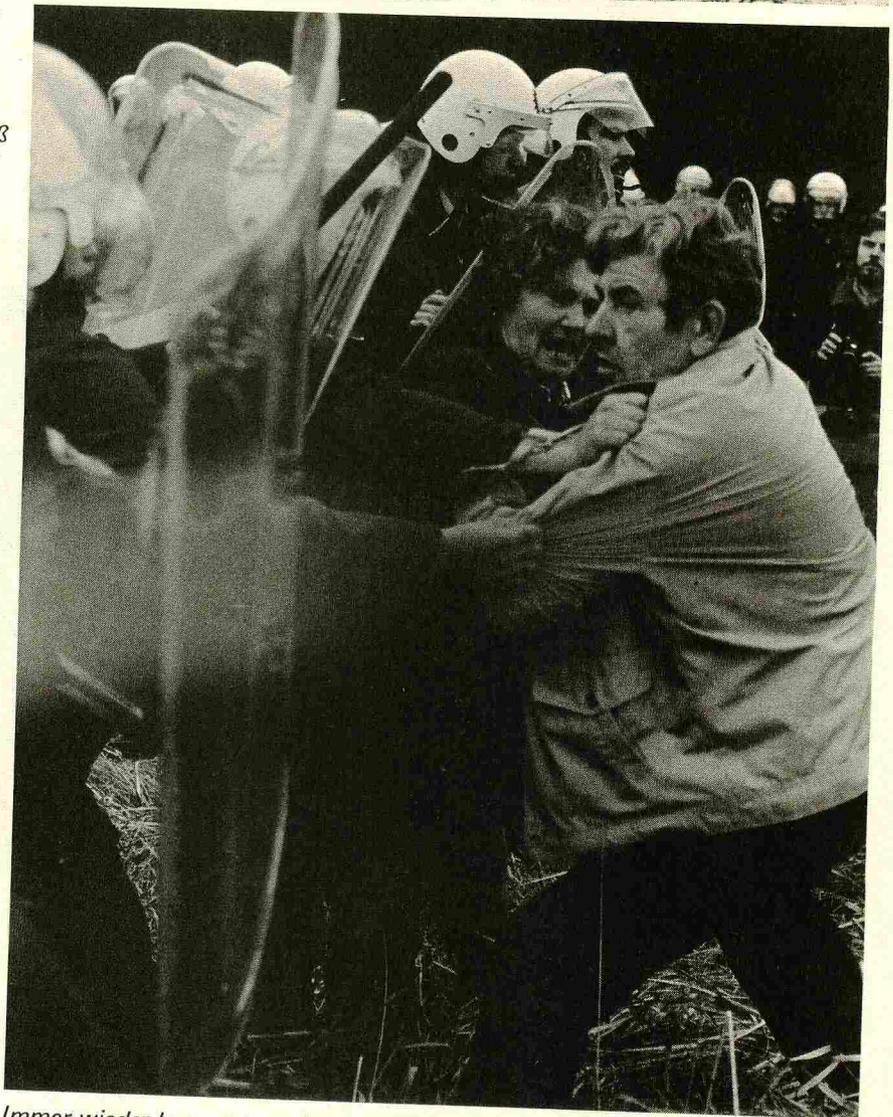
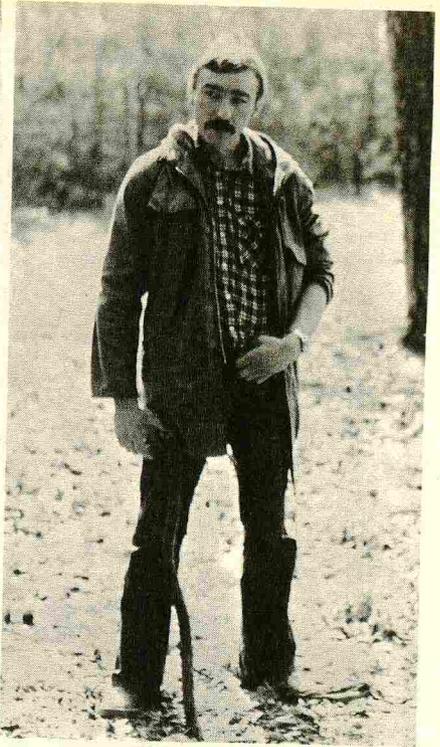
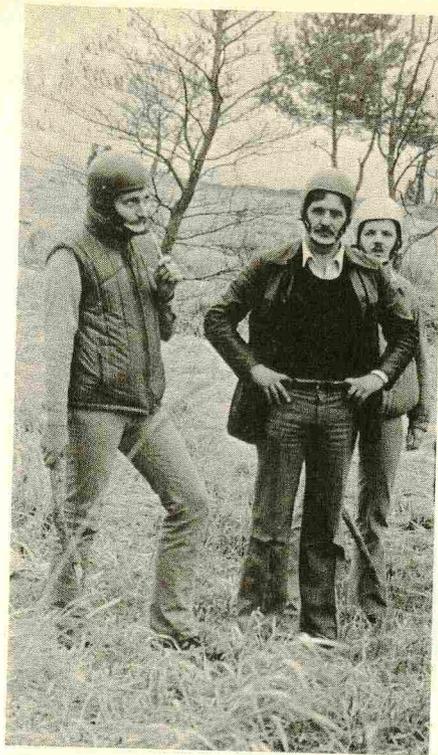
Die DKP-Fraktion erhielt Post vom Innenminister. Darin wird zum wiederholten Male behauptet, die Startbahn-West hätte keine militärischen Aspekte. Im Gries-Ministerium wurden die zahlreichen Hinweise für ein NATO-Interesse nicht beachtet. Aussagen von seriösen Presseorganen, Wissenschaftlern, Politikern, Flugverkehr-Fachleuten werden ignoriert. Deshalb lassen wir uns von Herrn Gries auch nicht beirren. Die Beweise für ein militärisches Interesse an dem Wahnsinnsprojekt Startbahn-West sind erdrückend. Dazu gehört auch der hier abgedruckte Auszug aus einem FAG-Papier.



„Zivis“

In der Auseinandersetzung um die Startbahn-West gehörte es von Anfang an zum Konzept der Landesregierung, die Startbahn-Gegner zu diffamieren und zu spalten. Dies wurde schon deutlich, als der Innenminister die Demonstranten in Chaoten, Kriminelle, Asoziale und Vorzeigebürger einteilte. Heute will man die Sonntagsdemonstrationen zur Startbahn-Trasse von vornherein als „gewalttätig“ abstempeln. Damit am Montag die Schlagzeilen stimmen, bedient man sich solcher „Zivilpolizisten“. Sie werden aus der Kripo, aber auch aus Sondereinsatzkommandos gebildet, sind mit Holzlaten, Knüppeln und Totschlägern bewaffnet und als „wilde Chaoten“ kostümiert. Ihre Aufgabe sei es, so heißt es bei der Polizeiführung, auszuspähen und „Störer“ bei Straftaten zu ergreifen. Immer wieder wird aber auch beobachtet, daß sich solche „Zivis“ aktiv als Provokateure betätigen. Sie schaffen so jeweils die passenden Voraussetzungen für polizeitaktische Maßnahmen. Wir erleben immer wieder, daß die Polizei in Uniform mit Steinen und Holzknüppeln nach Demonstranten wirft. Wir erleben auch, wie „Zivis“ sich aktiv an besonders gewalttätigen Aktionen auf Demonstrantenseite beteiligen. Dies ist ein unerhörter Vorgang und wirft ein Licht auf die Skrupellosigkeit der in diesem Lande Herrschenden.

Damit kein Mißverständnis aufkommt, wir sind für einen aktiven aber gewaltfreien Widerstand, der politisch breit angelegt ist. Wir sind dafür, daß jeden Sonntag die Bürger an die Startbahn-Trasse ziehen. Machen wir diese Umweltzerstörung bekannt, machen wir diese Stätte der Waldvernichtung zum Ausflugsziel Nr. 1 in Hessen. Aber lassen wir uns nicht provozieren.

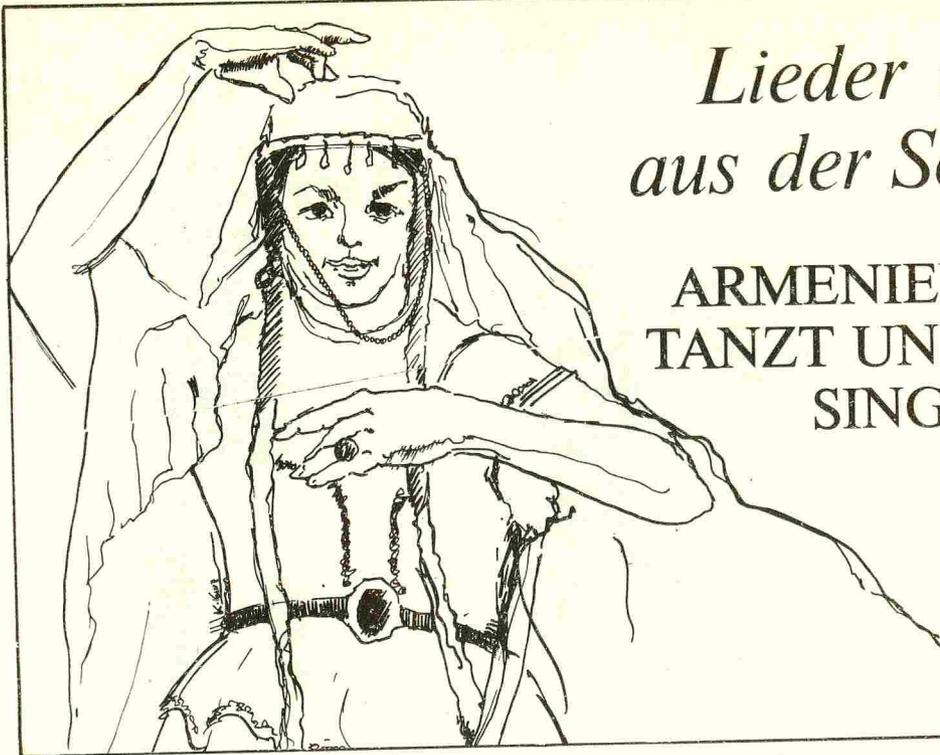


THOMMIE BAYER
BAND
IN RÜSSELSHEIM

Freitag, 30. April '82
Kant-Aula
Eintritt: 5,- DM

Eine Veranstaltung der
DKP-Betriebsgruppe
Opel-Rüsselsheim

Immer wieder kommt es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Bürgern unserer Stadt am Startbahngelände. Auf unserem Bild wird die Härte, mit der die Polizei vorgeht, deutlich sichtbar – die engagierte Familie Lorenz aus Walldorf wurde brutal zusammengeschlagen.

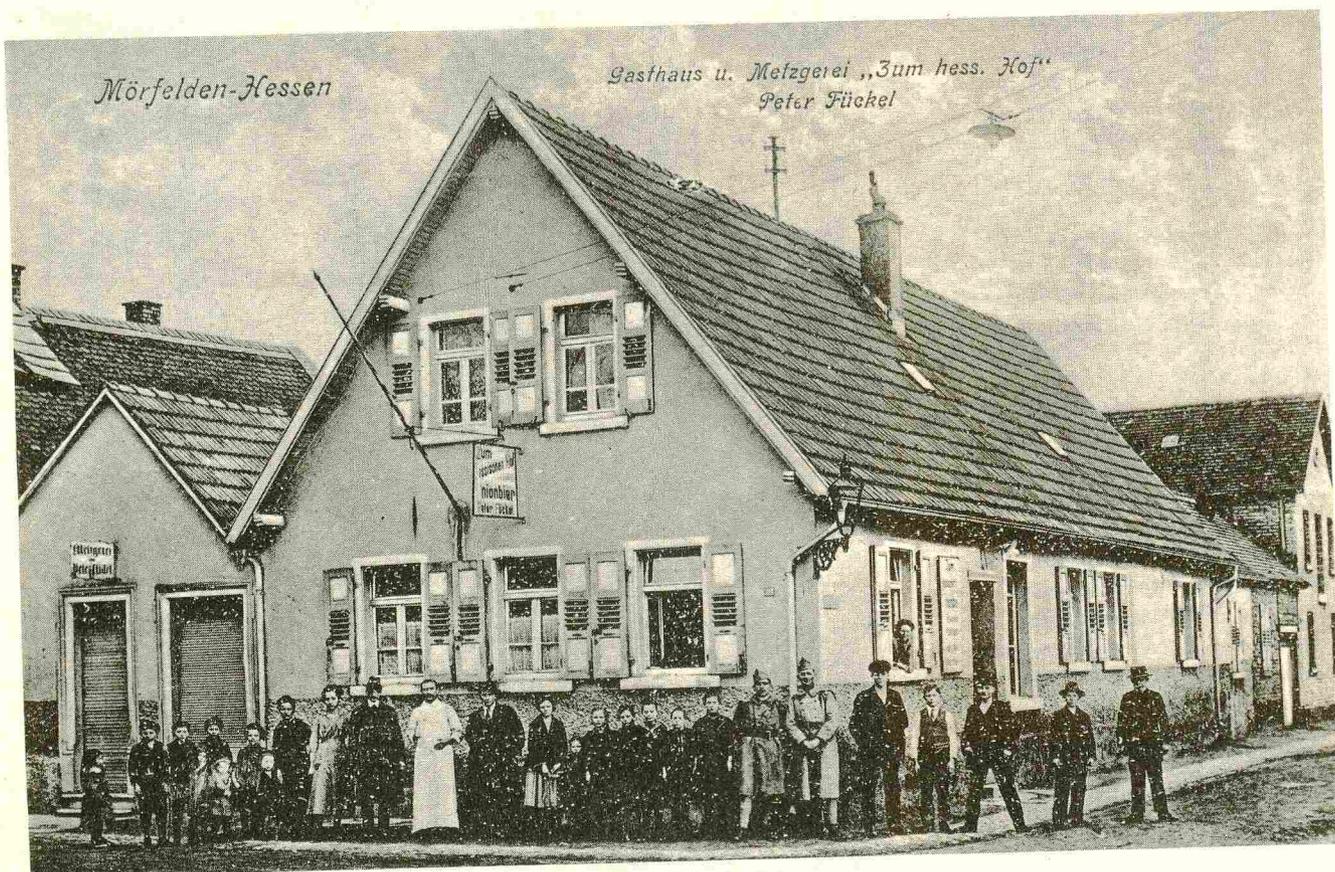


Lieder und Tänze aus der Sowjetunion

ARMENIEN
TANZT UND
SINGT

Samstag
1. Mai
20.00 Uhr
Bürgerhaus
Mörfelden

Vorverkauf: DM 8,-
Abendkasse: DM 10,-



Mörfelden-Hessen

Gasthaus u. Metzgerei „Zum hess. Hof“
Peter Fückel

Mörfelden gestern

Gaststätten wurden in früherer Zeit immer wieder gerne fotografiert. Hier traf man sich zum Dämmer- oder Fröhschoppen, und wenn schon einmal ein Fotograf seine Utensilien aufbaute, stellte man sich schön in Reih und Glied. Unser Bild entstand kurz nach dem 1. Weltkrieg, etwa zwischen 1918 und 1923 und zeigt Gasthaus und Metzgerei „Zum Hessischen Hof“, Inhaber Peter Fückel. Das Haus steht Ecke Jungmannstraße/Steinweg. Neunundzwanzig Personen wurden offenbar schnell zusammengerufen, darunter auch zwei französische Besatzungssoldaten und der Metzgermeister. Das Haus steht heute noch fast unverändert, jedoch wurden die Gaststätte und die Metzgerei vor vielen Jahrzehnten geschlossen. In den Räumen der Metzgerei befand sich später der Friseursalon Schmelzeis.